

Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Daresalam
29. April 1908.

Erscheint
zweimal
wöchentlich.

Abonnementspreis

für Daresalam vierfachjährlich 4 Rupie, für die übrigen Teile von Deutsch-Ostafrika vierfachjährlich einzigartig 5 Rupie. Für Deutschland und sämtliche anderen deutschen Kolonien vierfachjährlich 6 Mark. Für sämtliche anderen Länder höchstens 11 Sch. Bezeichnungen auf die 2. T. A. Zeitung werden sowohl von der Hauptredaktion in Daresalam (E. S. A.) wie von der Berliner Redaktionsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42 übernommen. Bei Bezeichnungen empfiehlt sich der Zusatz „zur Zeitung unter Verhandlung direkt von Daresalam“, da dies bei jedem Expeditionsweg hilft.

Zum Interesse einer praktischen Expedition wäre möglichst um Voranzeigung der Bezahlung gebeten. Wird ein Abonnement nicht abbestellt, gilt dasselbe bis zum Auftreten der Abrechnung als ungültig erachtet.

Inserationsgebühren

für die 5-sägpalatine Zeitung 10 Rupien. Für Landeszeitungen für einmaliges Inserat 2 Rupien oder 3 Mark. Für sonstige Nachrichten sowie größere Anzeigen 10 Rupien oder eine entsprechende Preisdemaskierung ein.

Die Annahme von Anzeigen- und Abonnementsanträgen erfolgt sowohl durch die Hauptredaktion in Daresalam als auch der Berliner Redaktionsstelle der Deutsch-Ostafrikanischen Zeitung Berlin S. 42. Abonnements werden außerdem von sämtlichen Postanstalten Deutschlands und Österreich-Ungarns angenommen. Postzettel-Anträge Seite 81. Telegramm-Adresse in Daresalam: Zeitung Daresalam. Telegramm-Adresse für Berlin: Dresler Berlin Alexanderstraße.

Jahr-
gang X.

No. 31.

Nochmals zur Arbeiterfrage.

Wenigenwerte Aussführungen zur Deutsch-Ostafrikanischen Arbeiterfrage lesen wir im „Tag“. Sie stammen aus der Feder eines alten Afrikanders, des langjährigen Pastorendirektors Chr. Pfrank. Seine Ausführungen haben den Vorzug, daß sie „sine ira et studio an die Sache herangehen“. Die Objektivität, die hier zum Ausdruck kommt, wird ohne Zweifel der Sache nützen. Wir persönlich betrachten den Pfrankschen Artikel als ein sehr willkommenes Pendant zu unserem Leitartikel in der letzten Nummer. Wir lassen ihn daher unverkürzt folgen:

Die Ausführungen des Staatssekretärs Dernburg im Reichstage haben in den Zeitungen eine Hochslut von Artikeln über die Eingeborenenfrage und die europäischen Plantagen hervorgerufen. Richtermeier der Verhältnisse sowohl wie sogenannte „alte und allerälteste Afrikander“, Reisebegleiter Dernburgs und Kolonialpolitiker haben gesprochen, nur die Interessenten selbst haben geschwiegen. Über sie, die schwiegen, ist man schließlich am meisten hergezogen. Als Basis für die Artikelschreiberei dienten, neben den Aeußerungen des Staatssekretärs, die Herrn Dernburg in Ostafrika von einigen Pflanzern vorgebrachten Wünsche; im übrigen identifizierte man sämtliche plantagenbaubetreibenden Gesellschaften mit den unverstandenen Pflanzern.

Was wollen nun die Plantagengesellschaften, die Pflanzer eigentlich? Nun, weiter nichts als Schutz ihrer Tätigkeit und der investierten Kapitalien durch geistige Regierung der Arbeiterfrage! Und das mit Recht!

Bis jetzt hatte die Regierung keinerlei offizielle Stellung zu der Arbeiter- und Eingeborenenfrage genommen. Die Folge davon war ein Durcheinander der schlimmsten Art, unter dem die Plantagen und Pflanzungen am meisten litten, ein Durcheinander, welches ihnen unehörliche Opfer an Geld auferlegte und sie trotzdem nicht in die Lage setzte, ihre Pflanzungen auszunutzen. Nicht die Plantagen, sondern Arbeiterwerber, welche ungebunden, ohne gesetzliche Vorschriften, die ihre Tätigkeit einschränkten, das Werben betrieben, haben den Eingeborenen bedrückt und ausgenutzt. Die Plantagen, welche sich auf die Rechtlichkeit der Werber verließen, waren die Leidtragenden. Regelt die Regierung die Anwerbung, wie es ihre Pflicht ist, durch vernünftige Gesetze, die in erster Linie verhindern, daß unbefugte, zulässige Leute das Werbegeschäft betreiben, seines, daß der Neger nicht über Gebühr von seiner Heimat ferngehalten wird (in Ansicht sind sechs Monate zu nehmen), so ist den Plantagen und vor allen Dingen den vielen Arbeit suchenden Eingeborenen aufs beste gedient. An eine übermäßige Ausnutzung oder gar Ausbeutung des Negers, wie manche Zeitungen schreiben, denkt kein Pflanzer. Ebensowenig an das Prügeln ohne Grund.

Ausnahmen gibt es überall, und auch in Deutschland gibt es auf großen Gütern genug Leute mit lockerem Handgelenk, ohne daß deswegen jemand auf die Allgemeinheit schließen würde. Die Pflanzer wissen am besten, welchen Schatz sie an tüchtigen Arbeitern haben, und hätten ihn auch. Sie verurteilen selbst aufs schärfste jede Mißhandlung der Eingeborenen, und meine Gesellschaft hat einen Paragraphen in den Verträgen mit den Angestellten, der ihr das Recht gibt, die Angestellten bei Mißhandlung Eingeborener sofort zu entlassen, und davon ist Gebrauch gemacht worden. Mehr kann man gewiß nicht tun! Der Neger arbeitet bei richtiger Behandlung schon ganz gut, aber er kann bei rücksichtiger und dauernder Anleitung mehr leisten. Ueberschälen darf man seine Leistungen nicht, wie es Herr Dernburg nach so kurzer und, wie es sich jetzt zeigte, halber Beobachtung tat. Herr Dernburg sah nur die momentanen Leistungen, wußte aber nicht, wie sie zuwege kamen, und bekam dadurch ein ganz falsches Bild, aber richtige „Pofotinsche Dörfer“ zu sehen. Wer als Privatmann, wie Herr Dernburg, reisen wollte oder Leistungen der Eingeborenen erzwingen wollte, würde bald allein sein. Deshalb überanstrengt auch niemand — Ausnahmen sind nicht ausgeschlossen — seine Arbeiter. Ich habe 18 Jahre mit ostafrikanischen Eingeborenen gearbeitet, ich darf deshalb zu der Frage wohl das Wort ergreifen. Ob auf Negerkulturen oder europäischer Plantagenkultur die Zukunft Deutsch-Ostafrikas sicherer beruht, wird ja die Zukunft lehren. Im Jahre 1906

steht die Ausfuhr von Sijalhans schon an dritter Stelle der Ausfuhrwerte, die Statistik, die fürs erste Viertel 1907 erschienen ist, gibt für diese drei Monate 548.000 M., das Doppelte wie im Vorjahr an. Voraussichtlich steht also Sijalhans, das Produkt der Europäer-Pflanzungen, schon im Jahre 1907, sicherlich aber 1908 an der Spitze der Ausfuhrwerte!

Diese geschaffenen Werte zu schützen, das ist eine ernste Pflicht der Regierung, die sie bis jetzt versäumt hat. Der Handel und die Produktion der Eingeborenen werden darunter nicht leiden. Nicht der Arbeitszwang auf den Plantagen — in dem Sinne, wie die meisten Zeitungen schreiben, existiert er überhaupt nicht — hat, wie Herr Dernburg meinte, zu Abwanderungen und Aufständen geführt, sondern falsche Maßnahmen der Regierung, wie die schroffe Einführung der Hüttensteuer und der Kommunalabgaben. In dem Defaster in der Arbeiter- und Eingeborenenfrage ist die Unfähigkeit der Regierung welcher es nach ihrer Aussage „an Erfahrung fehlt“, welche „die Erfahrung erst somach muß“, schuld.

Eine koloniale Wanderausstellung.

Die Abteilung Lippstadt der deutschen Kolonialgesellschaft plant im Herbst dieses Jahres eine Kolonialausstellung. Der Vorstand der Abteilung versendet einen Aufruf, dem wir folgendes entnehmen:

Da wir beabsichtigen, am 3. Oktober dieses Jahres eine Kolonialausstellung zu eröffnen, erbitten wir auch aus Ostafrika Ausstellungsgegenstände, welche sich beziehen auf die Bedeutung der Kolonien für das Deutsche Volk auf den Gebieten von Wissenschaft, Kunst, Mission, Industrie, Handel, Verkehrs- und Auswanderungswesen.

Insbesondere sind höchstlich erbeten: Rohprodukte, halbfertige und ganzfertige Waren aus Kolonialprodukten, Darstellungen über die Fabrikationsart, Zusammenstellungen über die Steigerung der Benutzung kolonialer Rohprodukte, naturwissenschaftliche, ethnographische, geschichtliche oder dekorative Gegenstände, Bilder, Karten, Bücher und dergleichen.

Der Reinertag der Ausstellung soll verwandt werden zum Denkmal für die im Südwestafrikanischen Kriege Gefallenen.

Die uns anvertrauten Gegenstände sollen benutzt werden als Grundstock für eine volkstümliche koloniale Wanderausstellung, welche als ganzes, oder in Spezialsammlungen geteilt, in Deutschland Städten und Vereinen zur Verfügung gestellt werden soll.

Zudem wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Deutsch-Ostafrikaner in Würdigung des patriotischen und praktisch-kolonialpolitischen Unternehmens uns Ihre sehr geschätzte Unterstützung nicht versagen, gestatten wir uns noch die Mitteilung beizufügen, daß das Zustandekommen einer großen Ausstellung bereits hente gewährleistet erscheint.

Zusendungen erbitten wir möglichst vor September. Am 12. Oktober ist voraussichtlich Schluss der Hauptausstellung. Die Wanderausstellung bleibt selbstverständlich dauernd.

Man würde uns zu großem Dank verpflichten, wenn uns recht bald mitgeteilt würde, auf welche Zusendung von Ausstellungsgegenständen von dort wir rechnen können, und wie viel Tisch- oder Wandfläche zur Verfügung gestellt werden soll.

Die eingesandten Gegenstände bitten wir nach Herkunft und Einsender bzw. Firma genau zu bezeichnen. In vielen Fällen werden von den Herren Einsendern kleine geordnete Sammlungen uns zur Verfügung gestellt werden können.

Briefe sind an den unterzeichneten Vorsitzenden Th. Eichholz, die Gegenstände an die „Kolonialausstellung zu Lippstadt“ zu richten.“

Aus diesem Aufrufe spricht eine wahrschaffige, koloniale Begeisterung. Wir hoffen, daß die Initiative dieser kleinen Ortsgruppe von Erfolg gekrönt sein und daß sie allenthalben von Behörden, Firmen, und Privaten das erwartete Verständnis und Entgegenkommen finden wird.

Die ostafrikanischen Bahnen.

Für die ostafrikanische Zentralbahn stimmt in der Budgetkommission der ganze Block und das Zentrum für die Regierungsforderung. Für die Zentralbahn wird eine erste Rate von 8 Millionen aufgesetzt. Staatssekretär Dernburg gibt die Gründe an, wozu die Südbahn einzufließen noch zurückgestellt werden soll. Diese Bahn würde sehr kostspielig werden. Die Linselinie beträgt 620 Kilometer, davon sind 180 Kilometer sehr schwierig zu bauen, weil der Nyassasee von hohen Bergketten eingeschlossen ist. Die Gesamtkosten der Zentralbahn sind auf 78 Millionen veranschlagt. Früher hat man gesagt, Zentralafrika könne nur durch Eisenbahnen erschlossen werden. Der Ansicht sei er nicht: er glaubt vielmehr, daß man auch die Flüsse nutzbar machen müsse und da komme besonders der Niljini in Frage. Es werden Untersuchungen ange stellt, ob es nicht für größere Schiffe fahrbare zu machen ist. Werde in Ostafrika kommen es beim Bahnbau darauf an, mit verhältnismäßig geringen Kosten möglichst viel zu erreichen. Aus diesem Grunde empfiehlt der Staatssekretär die Zentralbahn gleich bis Tabora zu bauen. Ein kurzes Stück komme verhältnismäßig viel teurer, als wenn man gleich die ganze Strecke in Angriff nähme. Man ist sich über die in Betracht kommenden Verhältnisse auf dieser Strecke einig. Staatssekretär Dernburg teilte dann weiter mit, daß die verbündeten Regierungen sich mit einer Erhöhung der Mittel zum Anlaß von Anteilscheinen der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft von 15 auf 20 Millionen einverstanden erklärt haben.

Der Ergänzungsetat für Ostafrika fordert eine Rate von zwei Millionen an zur Verlängerung der Bahn Tanga-Pangania nach dem Meerberg. Es würde dadurch die bereits 129 Kilometer lange Bahn auf 351 Kilometer verlängert werden. Mit Ausnahme der Sozialdemokraten ist die gesamte Kommission für den Bahnbau. Die Meinungsverschiedenheiten erstrecken sich lediglich darauf, ob die Bahn, wie es die Kolonialverwaltung vorschlägt, Stückweise zu bauen und inzwischen vor der endgültigen Trassierung das Gebiet durch eine Kommission noch zu untersuchen ist, oder ob, wie der Bechlußantrag eines nationalliberalen Kommissionsmitgliedes, eines alten Ostafrikaners, wollte, die Bahn sofort bis zum Merumberge verlängert und die Vorarbeiten gründlich beschleunigt werden sollen. Dieser Antrag, gegen den der Vorsitzende der Sozialdemokraten sehr heftig ankämpfte, wurde schließlich mit Rücksicht auf die entgegenkommenden Erklärungen des Staatssekretärs zurückgezogen. Staatssekretär Dernburg legte die wirtschaftlichen Bedingungen der Bahn dar. Sie ist insbesondere auch bestimmt, die Holzbestände des Hinterlandes in West-Usumbara aufzuschließen. Der Vertrag mit der Firma Lenz u. Co. sei außerordentlich günstig und ähnlich den Verträgen in Kamerun und Togo. Sedenfalls sollte an Ort und Stelle die Rentabilität noch im einzelnen gründlich geprüft werden. Der Berichterstatter Dr. Semler (vl.) hatte die hohen Kosten des laufenden Kilometers in Vergleich gestellt mit denen deutscher Nebenbahnen; der Staatssekretär führte hierzu aus, daß die Tonne Eisen und Stahl bis Tanga 45 M. kostet, wovon allein 10,75 % auf Gebühren für den Suezkanal kommen. Da für 100 Kilometer 20.000 Tonnen Stahl erforderlich sind, ergeben sich die hohen Mehrkosten. Ein Bertragsabgeordneter regte an, ob man das Schienennmaterial vom Syndikat nicht über Anteile zu Auslandspreisen beziehen könne.

Der Vertrag mit den ausführenden Firma sieht die Möglichkeit der Kündigung und des Eingriffs des Reiches am Schluss des dritten, sechsten und neunten Betriebsjahrs vor. Die Regierungsforderung zum Bahnbau Panganai-Merenberg wird angenommen; weiter werden zur Vermehrung des Fuhrparks der Usumbara-Bahn 325.000 M. bewilligt.

Aus unserer Kolonie.

Kilwa. Eine neue Mangroven-Konzession. Die Firma Feuerlein hat in Verbindung mit dem bekannten ostafrikanischen Hause G. Denhardt & Co. für den ganzen Kilwa Bezirk — von dem Rufiji-Delta bis zum Umbesuru-Fluß — eine Konzession zur Ausbeutung der Mangroven-Bestände beantragt.